

Bekleidungsgewerkschaft

Organ des Verbandes christlicher Arbeitnehmer des Bekleidungsgewerbes u. des Berufsverbandes christlicher Hutarbeiter mit der Monatsbeilage „Die berufstätige Frau“.

Köln, den 2. Juli 1921.

Geschäftsstelle Denkerwall 9. Telefon K 8538.

Redaktionsschluß Montagmittags vor dem Erscheinungstag. Inseratenannahme: Otto Kleine, Berlin SW 47, Mönckebergstraße 67.

Der Verband im Jahre 1920.

Der Entwicklung unseres Verbandes ist in den letzten Tagen der Geschäftsszeit für das Jahr 1920 abzusehen. Nunmehr obliegt es, in den Mitgliederversammlungen der nächsten Wochen möglichst über die Entwicklung des Verbandes zu berichten, da es infolge der hohen Drucke nicht möglich ist jedem Mitgliede einen ausdrücklichen Jahresbericht in die Hand zu geben. Der Raum unseres Verbandsorgans reicht leider ebenfalls nicht aus, um in weitem Umfang alle die Vorfälle des letzten Jahres zu behandeln.

Der Anfang des Jahres war den Meisten unserer ehemaligen Freunde Hoffnungsträger, da eine Erholung des Wirtschaftslebens zu erwarten war. Man ist ver sucht, anzunehmen, daß dies eigentlich eingetreten ist. Das Wirtschaftsjahr kann infolge der ausgedehnten Reformen, die dem heutigen Volle entgegen läuft, nur gut kommen. Die Folgen der letzten Entwicklung des Wirtschaftslebens haben sich in unserem Gewerbe bemerkbar gemacht, zumal in den Zweigen des Bekleidungsgewerbes, die auf Massenabsatz eingestellt sind und in solchen, die ohne Auslandsgeschäft nicht bestehen würden. Götter Schlußgang war eigentlich, wenn man die allgemeinen Verhältnisse betrachtet, nur in den ersten 4 bis 5 Monaten des Jahres zu verzeichnen. In den übrigen Monaten lag das Geschäft — in der einen Branche mehr, in der anderen weniger — gänzlich erlahmt. Im tatsächlichen Zusammenhang mit der ungünstigen Wirtschaftslage steht zweifellos auch die Not des Volkes im allgemeinen, insbesondere auch die weitere Schwächung der Kaufkraft der unteren Schichten der Bevölkerung.

Diese Verhältnisse machten sich natüremäßig auch im Organisationsleben bemerkbar und zeigten namentlich in der zweiten Hälfte des Jahres hemmend auf die Entwicklung unseres Verbandes ein. Die Zentralleitung war sich von vornherein darüber klar, daß die sprunghafte Entwicklung im Jahre 1919 sich im Jahre 1920 nicht fortsetzen würde. Wir müssen uns für das vorliegende Jahr mit kleineren agitatorischen Tätigkeiten beschäftigen. Immerhin war es möglich, den Mitgliederbestand des vorletzten Jahres zu halten und außerdem noch einen kleinen Zuwachs zu erzielen. An anderer Stelle dieses Periodikums ist hierüber Näheres ausgeführt.

Auch im verflossenen Jahre mußte an der wirtschaftlichen Besserstellung unserer Mitglieder ein Auftrag gearbeitet werden. Es ist innerhalb des Gewerbes keine Branche vorhanden, in der nicht zu wiederholten Malen sozial- oder Tarifbewegungen geführt wurden, teils örtlich,

teils general für das ganze Reich. Auf Einzelheiten einzugehen, wird hier erübrigen, da wir unsere Mitglieder durch das Verbandsorgan hierüber laufend unterrichtet haben.

Rang sei der 7. Generalversammlung gedacht, die im August des letzten Jahres in Würzburg stattfand. Sie hatte für unsern Bewegung eine Bedeutung, wie kaum eine ihrer Vorgängerinnen. Die veränderten Beziehungen, das Wachstum unseres Verbandes und nicht zuletzt auch die Tatsache, daß nunmehr über Zweidrittel der Mitglieder Kolleginnen sind, machten Reformen innerhalb des Verbandes notwendig. Den veränderten Beziehungen wurde Rechnung getragen durch Vermehrung der Beitragsklassen und Erhöhung der Beitrags- und Unterstützungsätze, ferner durch Einführung einer besonderen Monatsbeiträge zum Verbandsorgan für die weiblichen Mitglieder und andere Reformen. Berechtigt zu werden verdient auch der Beschluß der Generalversammlung, mit dem Gewerbeverein der Heimarbeiterinnen eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden. Die Beschlüsse der Generalversammlung, sowie der gesunde Optimismus der Delegierten geben uns die Gewähr, auch für die kommende Zeit unserer Aufgaben gerecht werden zu können.

Im November des Jahres wurden mit dem Allgäuer Ströhutarbeiterverband Verhandlungen eingeleitet zwecks Anschluß dieser Organisation an unseren Verband. Die Verhandlungen führten recht zum Ziel. Am 1. Januar d. J. trat der Anschluß vollzogen werden. Die Hutarbeiter bilden eine eigene Sektion innerhalb des Verbandes. Die Sektion führt den Titel: Berufsverband christlicher Hutarbeiter.

Richtigstehende Tabellen gewähren einen Überblick über Mitgliederbewegung und Kasseverhältnisse innerhalb unseres Verbandes.

Mitgliederbewegung

Bestand am 31. 12. 19:

männliche Mitglieder	8 828
weibliche Mitglieder	13 890

zusammen 20 218

Ausgenommen:

männliche Mitglieder	2 523
weibliche Mitglieder	6 822
jugendliche Mitglieder	786

zusammen 10 131

Zugereist 345

Sonstiger Zugang (Übertritte) 2 794

Gesamtzugang einschl. Bestand vom 1. Jahre 23 488

Zugang:

abgereist	1 292
ausgetreten u. ausgeschl.	7 668
sonstiger Zugang	3 285

Gesamtzugang 12 243 12 242

Bestand am 31. 12. 1920 21 245

Hierzu sind:

männl. Mitglieder 8 276

weibl. Mitglieder 14 969

zusammen 21 245 21 245

Bei den männlichen Mitgliedern haben wir einen Verlust von 52 zu verzeichnen, während die Zahl der weiblichen Mitglieder um 1079 gestiegen ist. Der Zuwachs an Mitgliedern beträgt somit 1027. Wenn wir in Betracht ziehen, daß im letzten Jahre 10 131 Neuaunahmen gemacht wurden und daß außerdem 2794 Mitglieder von anderen Organisationen zu unserem Verband übertraten, so kann uns dieses Ergebnis absolut nicht befriedigen. Mehr als 12 000 Mitglieder sind der Organisation wieder verloren gegangen. Ein höherer Prozentsatz hierzu ist zweifellos aus natürlichen Ursachen — Berufswechsel, Aufgabe der Berufssarbeit usw. — aus der Organisation ausgetreten, natürlich sowohl weibliche Mitglieder hierbei in Frage kommen. Immerhin bleibt die Zahl der Ausgeschiedenen auch unter Berücksichtigung dieser Umstände viel zu hoch. Unsere Ortsverwaltungen müssen es sich zur Aufgabe machen, den Ursachen nachzuspüren, die dazu führen, daß so viele Kollegen und Kolleginnen nach unserer Mitgliedschaft die Organisation wieder verlassen. Ausbau des Vertrauenspersonenapparates, regelmäßige Raffierung der Beiträge und planmäßige Schulung der neu gewonnenen Mitglieder sind einige Mittel, die, richtig durchgeführt, zweifellos in der Belebung eine Besserung bringen werden. Als „abgereist“ sind 1292 Mitglieder gemeldet worden, dagegen als „zugekreist“ nur 345. Auch diese Zahlen geben Anlaß zur Gewissenssorge für die Ortsverwaltungen. Belehrung der abreisenden Mitglieder über die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Anmeldung in der Ortsgruppe, wo das Mitglied zuwohnt, systematische Beobachtung des Anfang seitens aller Ortsverwaltungen werden dazu führen, daß auch die Lücken zwischen der Zahl der Abgereisten und der Zugekreisten wesentlich verkleinert wird. Nicht die Ortsgruppen haben ihre Aufgabe richtig gelöst, die in jedem Quartal eine ganze Anzahl Neuaunahmen zu melden haben, aber trotzdem in ihrer Entwicklung nicht voranschreiten, sondern nur die, welche neben der Werbearbeit eine planmäßige Erziehungs- und

Guthungsarbeit fallen und die zu verlieren, die schon gewonnenen Mitglieder zu halten.

Die Kosten und das:

In Beitragsmärkten wurden im letzten Jahre 119 850 Pfund verkauft, im vorliegenden Jahre 108 618 Pfund. Wir sehen hier eine gewollte Steigerung des Markenumfangs. Eine tabellarische Übersicht der Beitragsleistung in den einzelnen Klassen können wir leider nicht geben, da infolge der Verteilung der Beitragsklassen mit Beginn des 1. Quartals eine leichte Tabelle zu fälligen Schüssen verloren wäre. Die Gesamtbletragsleistung dürfte jedoch besser sein, sowohl in bezug auf die Leistung des einzelnen Mitgliedes nach der Zahl der getauften Beitragsarten, als auch nach der Beitragsklasse, in welcher die einzelnen Mitglieder bewertet. Selbstverständlich kann hierbei nur das Bild betrachtet werden, welches sich bei der Zusammenstellung als Durchschnittsleistung ergibt. Tun wir dies, so ergibt sich leider, daß der Bruchteil der Generalversammlung, die Mitglieder in die Klassen eingetragenen, die in ihren Sägen dem Stundendienst des einzelnen am nächsten kommen, noch längst nicht in allen Ortsgruppen durchgeführt ist. Auch hier muß endlich einmal jettens der Ortsverwaltung durchgegriffen werden. Es geht auf die Dauer nicht, daß einzelne Ortsgruppen die Beiträge der Generalversammlung systematisch mißachten. Die Gründe, welche jettens der Ortsverwaltung als Entschuldigung hierfür angegeben werden, sind meist nicht stichhaltig. Die Geldentwertung hat seit unserer letzten Generalversammlung noch weitere Fortschritte gemacht. Dementsprechend sind auch die Löhne, wenigstens nominal, gestiegen. Würden heute Rücksichten für die Beitragsleistung festgelegt werden, so wohnten gerade im Hirnbild auf die Geldentwertung bestimmt höhere Säge festgelegt werden müssen. Man sollte deshalb annehmen dürfen, daß nun endlich jettens alle Ortsgruppen, die auf der Generalversammlung beschlossene Beitragszahlung zehnlos durchführen. Beides ist dies noch nicht allgemein so und bezeichnenderweise meist in den Ortsgruppen damit am schlechtesten bestellt, die im Hause eines Streits die größten Anspülchen an die Hauptklasse stellen. Hier Remendum zu kosten, ist eine der wichtigsten Aufgaben, welche die einzelnen Ortsverwaltungen in den nächsten Wochen zu erfüllen haben. Diese Aufgabe muß erfüllt werden im Interesse einer gesunden finanziellen Entwicklung des Verbandes und nicht zuletzt auch im Interesse des Verbandsmitglieder selbst.

Kassenverhältnisse:

Der Rechnungsbeschluß für das Quartal und das Jahr e. gibt folgendes Bild:

a) Einnahmen:

Aufnahmegerüben	4 814,28 M
Beiträge	1 079 985,57 M
Sonstige Einnahmen	87 990,44 M
<hr/>	

1 172 790,25 M

b) Ausgaben:

Streß. u. Bezugskreisunterst.	43 420,20 M
Lohnbewegungsloft. u. Tarifstreif.	175 038,87 M
Unterstützungen	29 613,76 M
Verbandsorgan	102 820,75 M
Agitation, Beitrags. u. Tarifsekt.	245 948,82 M
Bewaltung	264 224,55 M
Sonstige Ausgaben	197 872,25 M
<hr/>	
	1 059 530,70 M

Einnahmen	1 172 790,25 M
Ausgaben	1 059 530,70 M
<hr/>	
Überschuss für 1923	113 259,55 M
Dazu Kap. u. Reserv. a. 31. 12. 19	84 880,18 M
Dazu Kap. u. Reserv. a. 31. 12. 19	87 880,18 M
<hr/>	
Dazu Vermögensabzug	2 890,00 M
Mobilisat bei der Generalversammlg.	13 300,00 M
<hr/>	

BRUTTERECHTSVORSTELLUNG	801 366,14 M
-------------------------	--------------

Wir berichten darum, nach Beobachtung der Kassenverdienste kritische Bemerkungen anzustellen. Wenn solche Mitglieder die einzelnen Kosten durchgehen, so sind sie in der Lage, ihre Sägen leicht zu ziehen. Es lohnt sich auch einmal Vergleiche anzustellen zwischen den Jahren des letzjährigen Berichts und den hier voräsentlichten. Die Nummer 18 des Verbandsorgane des vorigen Jahres bietet die Handhabe hierzu.

Trotz des Kritik, die wir in unserem diesjährigen Bericht ausdrücken ließen, versteht man nicht, daß auch in verlorenen Jahren eine große Zahl Mitglieder offiziell bemüht war, für die Organschaften noch freie Kräfte zu erhalten. Die Zeit war schwer und hart war bis Kot, die uns allen im letzten Jahre zum Begleiter wurde. Trotz aller Hemmnisse und wie auch im letzten Jahre eine gute Wegeschiene normierte gekommen. Zahlreiche Verbesserungen an den betriebsden Tarifverträgen, waren zu erkennen, manche Fehler an den Erstlingsverträgen in den neuenschaffenen Branchen wurden befeilt. Die neuen Ortsgruppen, die im Jahre 1918 schaud zusammengetroffen werden mußten, wurden gefestigt und gar manchmal konnten wir auch im öffentlichen Leben erfolgreich für die Belange unserer Berufsfamilien und Kolleginnen einzutreten. Unsere Arbeit wäre erfolglos geblieben, wenn wir uns nicht auf einen großen Stab von Mitarbeiter hätten stützen können. Ihnen allen schillert wahrsten Dank und Anerkennung.

Die Arbeit in unserer Bewegung und für sie, ist weit über die Grenzen der Bewegung selbst hinausgewachsen. Der gehirte Kongress der britischen Gewerkschaften in Essen hat uns britischen Gewerkschaftern so recht zum Bewußtsein gebracht, wozu wir berufen sind und was wir leisten sollen und müssen, wenn wir wieder zu gefunden Verhältnissen im Wirtschafts- und Staatsleben kommen wollen. Als Mitglieder der großen Gemeinde der britischen Gewerkschaftsbewegung wollen wir bei unserer Arbeit die Grundgedanken aller Ausführungen auf dem Essener Kongress als Richtschnur nehmen und unsere Arbeit einstellen auf das Allgemeinwohl, auf das Wohl aller Berufsangehörigen, um so mitzuverarbeiten an dem großen Werk, das deutsche Volk wieder herauszuführen aus den Niederungen einer rückwärtigen Zukunft entgegen.

Friedensvertrag, Arbeitszeit und Löhne.

Der britische Schatzkreis Max Kenna hörte nach Berichten der Deutschen Presse am 13. Juni vor einer Versammlung von Finanzleuten unter anderem aus:

Die neuen Beziehungen von Gläubigern und Schuldner, die infolge des Krieges entstanden sind, müßten unbedingt einen ernstlich fördenden Einfluß auf den internationalen Handel ausüben. Der größte Schuldner, nämlich Deutschland, müsse 6.500 Millionen Pfund Sterling, davon 6.000 Millionen Pfund für Wiederverhältnisse entrichten, während die Vereinigten Staaten, der größte Wirtschaftsstaat, dem 1.000 Millionen Pfund und mehr als 200 Millionen Pfund Deutschland habe leihen und zurückzuzahlen. Das ist eine Rücksicht auf die Bevölkerung und die Wirtschaft, die in England und in Irland haben keine eigene Banken oder kein Vermögensmeier zu leisten. Mit anderen Worten, es müßte eine leichte aber unsichere Kustodie haben. Der britische Staat könnte nicht die Sicherheit garantieren und die so wichtige Kustodie zu ausnutzen werden nicht ausreichende werden, ohne daß die Sägen in Deutschland noch weiter fortgeschritten seien. Werde die britische Wirtschaft noch weiter vermessen? Somit ausreichende Beurteilung werden könnte, sollte die Kustodie abhanden laufen. Die Angemessenheit des britischen Arbeiters ist wohl darum zurückzuführen, daß engländische Los der deutschen Wirtschaft, die Welle und die Welle würden den britischen Arbeitern förmlich, es nicht zu leichtigen Sägen geführt. Eine große Säule Deutschlands nicht befähigt und eine starke Inseln wird die Sägen der Verbindung der britischen Wirtschaft durch die Bildung der Organisationen der Sägen im Überstand hat, die die britischen Sägen einer exzellenten Hebung bedienen und mit Wiederaufbau Deutschlands einen Voraussetzung nicht vorzusehen. Deutschlands Sägen müßten in der Entwicklung neue Möglichkeiten in dem ersten und zweiten Jahr des erhaben Sägen zu bauen und dabei in Gang zu bringen. Wenn Deutschland doch 150 Millionen Pfund Pfund Sägen ihm dienen und möglicherweise noch mehr, so ist es wahrscheinlich, daß im britischen Wirtschaftsgebiet mit britischen Sägen und britischen Sägen arbeiten werden, das Land in den Sägen sehr wohl, die Sägen sicherzustellen, zu erhalten. Die britische Regierung möchte es eine Verbindung zur Industrie verbessern, während das Land eine Wirtschaft und eine Sägen sicherzustellen, die britischen Arbeitern und anderen Sägen, die Sägen und Sägen müssen in der Entwicklung der britischen Wirtschaft weiter voran treten.

Wenn die britische Wirtschaftsverbände und mehr als 200 Millionen Pfund Deutschland habe leihen und zurückzuzahlen, dann ist eine Rücksicht auf die Bevölkerung und die Wirtschaft, die in England und in Irland haben keine eigene Banken oder kein Vermögensmeier zu leisten. Mit anderen Worten, es müßte eine leichte aber unsichere Kustodie haben.

Die Sägen und die Wirtschaft, die Welle und die Welle würden die Sägen in Deutschland noch weiter fortgeschritten werden nicht ausreichende werden, ohne daß die Sägen in Deutschland noch weiter fortgeschritten seien. Werde die britische Wirtschaft noch weiter vermessen? Somit ausreichende Beurteilung werden könnte, sollte die Kustodie abhanden laufen. Die Angemessenheit des britischen Arbeiters ist wohl darum zurückzuführen, daß engländische Los der deutschen Wirtschaft, die Welle und die Welle würden den britischen Arbeitern förmlich, es nicht zu leichtigen Sägen geführt. Eine große Säule Deutschlands nicht befähigt und eine starke Inseln wird die Sägen der Verbindung der britischen Wirtschaft durch die Bildung der Organisationen der Sägen im Überstand hat, die die britischen Sägen einer exzellenten Hebung bedienen und mit Wiederaufbau Deutschlands einen Voraussetzung nicht vorzusehen. Deutschlands Sägen müßten in der Entwicklung neue Möglichkeiten in dem ersten und zweiten Jahr des erhaben Sägen zu bauen und dabei in Gang zu bringen. Wenn Deutschland doch 150 Millionen Pfund Pfund Sägen ihm dienen und möglicherweise noch mehr, so ist es wahrscheinlich, daß im britischen Wirtschaftsgebiet mit britischen Sägen und britischen Sägen arbeiten werden, das Land in den Sägen sehr wohl, die Sägen sicherzustellen, zu erhalten. Die britische Regierung möchte es eine Verbindung zur Industrie verbessern, während das Land eine Wirtschaft und eine Sägen sicherzustellen, die britischen Arbeitern und anderen Sägen, die Sägen und Sägen müssen in der Entwicklung der britischen Wirtschaft weiter voran treten.

Wenn die britische Wirtschaftsverbände und mehr als 200 Millionen Pfund Deutschland habe leihen und zurückzuzahlen, dann ist eine Rücksicht auf die Bevölkerung und die Wirtschaft, die in England und in Irland haben keine eigene Banken oder kein Vermögensmeier zu leisten. Mit anderen Worten, es müßte eine leichte aber unsichere Kustodie haben. Die Sägen und die Wirtschaft, die Welle und die Welle würden die Sägen in Deutschland noch weiter fortgeschritten werden nicht ausreichende werden, ohne daß die Sägen in Deutschland noch weiter fortgeschritten seien. Werde die britische Wirtschaft noch weiter vermessen? Somit ausreichende Beurteilung werden könnte, sollte die Kustodie abhanden laufen. Die Angemessenheit des britischen Arbeiters ist wohl darum zurückzuführen, daß engländische Los der deutschen Wirtschaft, die Welle und die Welle würden den britischen Arbeitern förmlich, es nicht zu leichtigen Sägen geführt. Eine große Säule Deutschlands nicht befähigt und eine starke Inseln wird die Sägen der Verbindung der britischen Wirtschaft durch die Bildung der Organisationen der Sägen im Überstand hat, die die britischen Sägen einer exzellenten Hebung bedienen und mit Wiederaufbau Deutschlands einen Voraussetzung nicht vorzusehen. Deutschlands Sägen müßten in der Entwicklung neue Möglichkeiten in dem ersten und zweiten Jahr des erhaben Sägen zu bauen und dabei in Gang zu bringen. Wenn Deutschland doch 150 Millionen Pfund Pfund Sägen ihm dienen und möglicherweise noch mehr, so ist es wahrscheinlich, daß im britischen Wirtschaftsgebiet mit britischen Sägen und britischen Sägen arbeiten werden, das Land in den Sägen sehr wohl, die Sägen sicherzustellen, zu erhalten. Die britische Regierung möchte es eine Verbindung zur Industrie verbessern, während das Land eine Wirtschaft und eine Sägen sicherzustellen, die britischen Arbeitern und anderen Sägen, die Sägen und Sägen müssen in der Entwicklung der britischen Wirtschaft weiter voran treten.

Die britischen Arbeitern — insbesondere die Wirtschaftsorientierten — haben durch die Organe oft genug ausgesprochen, daß sie nicht sind, ihrer Teil zu den Kosten des Wiederaufbaus im eigenen Lande, sowie auch in den Kosten des Friedensvertrages zu tragen. Ein aller Einsichtlichkeit wird sie bald jedoch erwecken, daß man die Kosten fast ausschließlich auf ihre Sägen legt. In der Entwicklung der britischen Schatzkreis dem britischen Arbeiters sollte einigermäßigen.

Der Vorstand des Galionsvereins hat der britischen Gewerkschaften am 13. Juni zu dicken Sägen gekommen, insbesondere zu dem Rundschreiben der Arbeitgeberverbände, die in letzter Zeit mehrere Verträge vereinbart wurden und in denen besonders die Arbeitgeber ein Rohstoffbau empfohlen mit einem Bericht des Vorstandes des Galionsvereins steht es blossenbleiben.

Der Inhalt dieser Rundschreiben hat eine starke Erregung und Beunruhigung der Arbeitgeberverbände bewirkt. Der Vorstand des Galionsvereins wandte sich mit aller Einigkeitheit gegen die von den Arbeitgeberverbänden propagierte Absicht. Lautsage ist, daß im Sinne einiger Kreise für Bedarfserfüllung

und andere Städte für anders Verbrauchs- und Konsumverhältnisse. Dazu kommt, daß nach diesen Erfahrungen der Regierung im Reichstagssitz, die Industriepreise den Arbeitern immer mehr angepaßt werden. Ferner zu gebenermaßen die Kosten der Verarbeitung, insbesondere für die sozialen Förderungen, wesentlich steigen und sinken und Sozialaufschlussungen verringert werden. Schon heut ist die Lage eines Arbeiterkreises außerordentlich delidend. Manche glaubt der Vorstand des Gewerkschaftsverbandes gegen ein Vorhaben von Gewerkschaften zu machen, welches unabdingbare Folgen und Gefahren für die sozialen Wirtschaften, wie z.B. die Gewerkschaften im Gebiet

sozialen Gewerkschaften haben, in demselben Landes nicht hat. In denen wurde, daß ein Rohstoffbau steht, obwohl es noch kein Rohstoffbau besteht. Die Ressort im der Betriebsaufsicht, der Verwaltung im Betriebsaufsichtsrat, Mittelstaatskreis u. dergleichen und soziale und sozialpolitische Forderungen für zwecklos mit dieser in dieser Form wendet, so daß das schließt den christlichen Geist, der jetzt in Nr. 12 vom 8. Juni gegen die Veränderungen der Arbeiterschaft und sozialen Begegnungen der Arbeiterschaft und sozialen Begegnungen führt das aus:

„... und sie die Propaganda für die Gewerkschaften ist die für den Christen Rechte und hier am Werk, um die Gewerkschaften aus, nach dem Willen, um eine dem Rohstoffbau ähnliche Verwendung herzustellen. Die großen Begegnungen werden mit dem Willen, die die sozialwirtschaftliche Förderung des Rohstoffbaus begründet. Und auf den Weltmarkt ohne Rohstoffe und ohne Gewerkschaften hin, ohne die Gewerkschaften hin, die Werbung und sozialen Begegnungen — Red. Wissenschafter — sind einmal gewünscht, ob der Rohstoffbau nicht eine große soziale Forderung ist, die nicht erfüllt werden kann, um eine dem Rohstoffbau ähnliche Verwendung herzustellen. Die großen Begegnungen werden mit dem Willen, die die sozialwirtschaftliche Förderung des Rohstoffbaus begründet.“

Und auf den Weltmarkt ohne Rohstoffe und ohne Gewerkschaften hin, ohne die Gewerkschaften hin, die Werbung und sozialen Begegnungen — Red. Wissenschafter — sind einmal gewünscht, ob der Rohstoffbau nicht eine große soziale Forderung ist, die nicht erfüllt werden kann, um eine dem Rohstoffbau ähnliche Verwendung herzustellen. Die großen Begegnungen werden mit dem Willen, die die sozialwirtschaftliche Förderung des Rohstoffbaus begründet.“

Und auf den Weltmarkt ohne Rohstoffe und ohne Gewerkschaften hin, ohne die Gewerkschaften hin, die Werbung und sozialen Begegnungen — Red. Wissenschafter — sind einmal gewünscht, ob der Rohstoffbau nicht eine große soziale Forderung ist, die nicht erfüllt werden kann, um eine dem Rohstoffbau ähnliche Verwendung herzustellen. Die großen Begegnungen werden mit dem Willen, die die sozialwirtschaftliche Förderung des Rohstoffbaus begründet.“

Und auf den Weltmarkt ohne Rohstoffe und ohne Gewerkschaften hin, ohne die Gewerkschaften hin, die Werbung und sozialen Begegnungen — Red. Wissenschafter — sind einmal gewünscht, ob der Rohstoffbau nicht eine große soziale Forderung ist, die nicht erfüllt werden kann, um eine dem Rohstoffbau ähnliche Verwendung herzustellen. Die großen Begegnungen werden mit dem Willen, die die sozialwirtschaftliche Förderung des Rohstoffbaus begründet.“

Und auf den Weltmarkt ohne Rohstoffe und ohne Gewerkschaften hin, ohne die Gewerkschaften hin, die Werbung und sozialen Begegnungen — Red. Wissenschafter — sind einmal gewünscht, ob der Rohstoffbau nicht eine große soziale Forderung ist, die nicht erfüllt werden kann, um eine dem Rohstoffbau ähnliche Verwendung herzustellen. Die großen Begegnungen werden mit dem Willen, die die sozialwirtschaftliche Förderung des Rohstoffbaus begründet.“

Und auf den Weltmarkt ohne Rohstoffe und ohne Gewerkschaften hin, ohne die Gewerkschaften hin, die Werbung und sozialen Begegnungen — Red. Wissenschafter — sind einmal gewünscht, ob der Rohstoffbau nicht eine große soziale Forderung ist, die nicht erfüllt werden kann, um eine dem Rohstoffbau ähnliche Verwendung herzustellen. Das trifft

insbesondere an auf die überreichen Familien, welche die doch letzten Endes das Geschlecht aufzuführen müssen, das unsere Hoffnung bedeutet. Glaubt man denn allen Ernstes, mit einer versteckten Arbeiterschaft Deutschlands wieder aufzugehen zu können?

Die Werbung für den Rohstoffbau ist umso wahrnehmbar, als wir mitten in Preiseichungen sind, die den Haushalt weiter stark belasten. Der Kostpreis steht und der St. sind bereits in den westlichen Großstädten Deutschlands für das Pfund zu zahlen. Der Wissenschafter steht, die Kostenwerte sind unzulässig wieder deutlich erhöht worden. Die Wissenschafter stehen nemal, da kein Haushalter mehr bei der zeitigen Vorratung die Güter ordnungsgemäß aufzuhalten kann. Stark verteuert werden ansonsten die notwendigen Güter auf der Eisenbahn und der Straßenbahn. Und bei allem der Ruf nach Rohstoffbau.

Der Rohstoffbau wäre, wenn die dadurch erzielte Verdünnung der Erzeugung der Gesamtheit des deutschen Volkes von Nutzen wäre, durchaus berechtigt, wenn er erfolgen könnte unter Aufhebung der Ausgaben für Luxuswaren. Über das kann ich noch nichts von Augen im einzelnen Arbeiterschaft einmal an. Offenbarlich und Raum gelassen hier aus allen Ecken und Enden. Ein Augen aus dem Arbeitsstrom existiert nicht mehr. Wohl aber ein solcher aus mühelosen Fabrikations- und Handelsgewinnen. Deshalb gilt es hier zu passen.

Ein Rohstoffbau ist heute durchaus möglich ohne Rohstoffbau. Nämlich man nur den mühseligen Gewinn! Bekanntlich man die Höhe des Kapitalgewinns einer Seite der kapitalistischen Proletarier-Schichten, die nach der Auszahlung der Dividende in Goldmark breit läuft, wenn alle anderen Möglichkeiten des Rohstoffbaus erschöpft ausgeschöpft sind, erkenn somit man den Arbeitern mit dem Abbau der Röhre.

Ein sozialdemokratischer Generalstreik in Bayern.

Die sozialdemokratische Partei will nicht der Röhr im Lande, sondern wurde am 1. Juli noch von einem die sehr noch unbekannten Möchte geschlagen. Hbg. Gareis hatte eine Versammlung gehabt, in der er gegen die Verschlechterung der Schule protestierte. Ein unbekannter Herr ließ ihm das vor und drohte ihm bis zu seiner Wohnung. Wie sie dorthin kamen, haben vier Schüler, von denen einer gar durch den Kopf geht, während er nach wenigen Stunden im Krankenhaus stirbt. Doch ehrliches Unterfangen hat die Polizei bisher keinen Täter noch nicht ermittelt. Das bayerische Staatsministerium des Innern hat die die Verprüfung des Mordes 50 000 Pfund ausgesetzt.

Wie die Sozialdemokraten handeln es ohne Untersuchung, und ohne weitere Vermittlung des vorherigen Tats, daß es nur ein Verbrechen der Reaktion ist, der Mord also ein politisches Mord war. Der Gewerkschaftsvorstand Wissenschafter, der Konservativkonservativen Partei, der Sozialdemokratie, der Sozialdemokratie, der Gewerkschaften und die Kommunistische Partei proklamieren sofort einen dreitägigen Streik, um gegen den Mord zu protestieren. Nach Berichten, die über den Streik vorliegen, scheinen indes die Anhänger des genannten Korporationen wenig Verständnis für einen Generalstreik aus Angst des Mordes an den Tag gelegt zu haben. Der Streikparade wurde nur zum Teil teilgenommen. Von einer „Generalstreik“ konnte jedoch keine Rede sein, da in fast allen Gewerken, mit Ausnahme des Radierergewerbe, von einem Streik wenig zu hören war.

Die sozialdemokratische Arbeiterschaft Münchens und auch in den anderen Städten Bayerns lehnen den Streik ab. Das Ortsamt der sozialen Gewerkschaften Münchens nahm in einer sturzhaften Verkündung zu den Vorgängen Stellung. Einigkommig wurde folgende Erklärung gefaßt:

„Die sozialen Gewerkschaften Münchens fordern ihren besten Wohl zur über den feindlichen Mord, der an dem Hbg. Gareis verübt wurde. Sie hoffen, daß die Mordtat sollte. Entfernung und keine andere.“

„Ein Generalstreik unter Werbung und die treuligen Unruhen zu inheimsen, lehnen die sozialen Gewerkschaften ab. Durch einen

solchen Streik erledigt lediglich die Arbeitnehmer eine empfindliche Vornahme, wie auch schwere Schaden für die Allgemeinheit unvermeidbar sind.“

Wir fordern deshalb die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften auf, sich nicht an nutzlosen Streiks und Demonstrationen zu beteiligen. Wir befinden uns bei diesem unbestimmten Belieb in voller Übereinstimmung mit den Angehörienen und Beamten-Organisationen des Deutschen Gewerkschaftsbundes (Ortsausschuß München), die gleichfalls eine Beteiligung an dem hier und zwieloher Generalstreik ablehnen.

Die bürgerliche Presse Münchens war infolge des Streiks der Buchdrucker am Erscheinen behindert. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (christlich-nationale Gewerkschaften) bat jedoch Vorsorge getroffen, seine Mitglieder objektiv über die wichtigsten Vorgänge in München während des Streiktagen zu unterrichten. Es wurde ein Mitteilungsblatt herausgegeben, welches starken Absatz fand. Dadurch war es möglich, zu verhindern, daß die Offenheitlichkeit von sozialistischer Seite einzeln bearbeitet wurde. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hatte mit der Herausgabe dieser Zeitung einen guten Griff gemacht. Sie wirkte in ruhiger, sachlicher Form dem Generalstreik entgegen und führte außerdem die sozialen Wissenschafter des Sozialdemokratischen Kreises beständigen Unterstützungen — gegenüber den christlichen Gewerkschaften — auf ihrem wahren Wert zurück.

Die christlichen Gewerkschaften haben ihre Stellungnahme zum Fall Gareis in der oben wiedergegebenen Erklärung niedergelegt. Erklären möchten wir noch anfügen, daß die christliche Arbeiterschaft höchstens ihrer sozialistischen Wirkung — mag es kommen von welcher Seite es will — auf das soziale vereinigt. Im Falle Gareis wäre es notwendig gewesen, abzumachen, bis festgestellt war, ob wirklich ein politischer Mord vorliegt, bevor man zu großen Protestaktionen lädt. Auch mit Stehen auf den Standpunkt, daß politische Gewalt nicht mit dem Revolver ausgetragen werden können und dürfen. Aber auch dann, wenn festgestellt worden wäre, daß der Mord aus politischen Motiven heraus erfolgte, halten wir einen Generalstreik aus diesem Anlaß für verfehlt. Ein Generalstreik wie die nutzlose Tat nicht ungewohnt machen, er kann höchstens den betroffenen Arbeitern schweren Schaden aufladen. Die grundlegende Erklärung der christlichen Gewerkschaften zu diesem Generalstreik wird in Nr. 2 des nächsten Blattes tiefgehend dargelegt. Es schreibt:

„Der Generalstreik als politische Waffe ist — wie oft erwiesen — ein zweckwidriges Schwert. Er trifft Millionen von Menschen, die mit den betroffenen Vorgängen an sich nicht das gerichtige zu tun haben. Er bringt schweren Verdienstschaden. Die Millionen von Arbeitern mit sich, die uns tödliche Pest schwer ringen müssen. Er führt auf das bedenklichste unter Gewerkschaftsleben, hemmt eine geregelte Produktion und mindert das Vertrauen der uns umgebenden Länder in unseresgleichmäßigen staatlichen und wirtschaftlichen Lebens.“

Er führt die Massen auf die Straße, gibt sie der ungestümen Verhöhnung durch unkontrollierbare Agitatoren preis und kann die Quelle zu blutigen Unruhen werden. Damit beginnen die Leute, die ihn auszuführen — es wird von den Führern beschlossen, er erfordert nicht aus der Masse — ein schweres Verbrechen an dem Volke und insbesondere an jenen Teilen des Volkes, dem sie zu dienen vorgesehen.

Wenn der Generalstreik nur als Zeichen der Trauer der Sozialisten und als Kundgebung des Volkes gesehen würde, könnte man vielleicht darüber, wann am Tage der Beerdigung in der Stunde der Trauerfeier in den Betrieben, wo die Mehrzahl der Befürchteten in dem Hbg. Gareis starb, erfüllt werden, die Arbeitnehmende. Dass man den Generalstreik aber auf drei Tage proklamiert, die Massen auf so lange Zeit aus den Betrieben auf die Straße zu rufen und damit diese Maßnahmen zur Quelle weitergehender Bruttunruhen gemacht hat, ist der Fehler, den sie犯, daß man in bestimmten Kreisen in sozialer Kampfführung und Komposition möglichst einschneidende und gewaltige Wirkung an sozialer Gegenwart und Beweis.“

„Der Deutsche“ Tageszeitung für deutsche Volksgemeinschaft nimmt in einem längeren

Artikel zu den Vorgängen in Bayern. Sein Urteil in der Sache kann von jedem christlichen Gewerkschafter unterschieden werden. Der Verfasser des Artikels kommt zu folgender Schlussbetrachtung:

"Der Generalstreitgedanke als politisches Kampfmittel hat, dank der steigenden Einsicht der zu oft missbrauchten Massen, diesmal in Bayern völlig versagt. Die Röhren mögen sich überlegen, wirkamere Mittel anzunehmen. Wir kennen nur eines: unablässige positive Arbeit am Wiederaufbau und nicht eine Opposition um jeden Preis gegen die Regierung. So wie die Dinge in Bayern durch diese Parteipresse gelehrt werden, liegen sie nicht, und die unverantwortlichen Dekretifel, wie sie gerade in den letzten Tagen von der Berliner Presse gegen Bayern geschrieben worden sind, verderben noch alles und bessern gar nichts. Sie sind ein Verbrechen am Gemeinschaftsgeist des deutschen Volkes, der sich weder sozialistisch noch deutsch-national zu geben braucht, der aber aufbaufähig sein und aufbauend arbeiten muss. Man wird in Bayern selbst nach dem Rechten gehen, das großlogische Hineinregistern wehensremder Letztaristie beträgt das bayerische Volk nicht! Dabei möchten wir aber durchaus der Hoffnung Ausdruck geben, dass der mißlückte Generalstreit in Bayern keine weitere Betonung des Justizgrundsatzes nach rechts herverruft darstellt. Die paar Leute, die das wollen, mögen bedenken, dass sie nicht das bayerische Volk sind. Das Volk will wirtschaftliche Ruhe und Ordnung, aber keine Letztaristie von Ludwig Thoma und ähnlichen Wandlungsbürtigen und keinen 'Wölfischen Beobachter', der bisherigen Auflösung und keine Kraftmäler von rechts oder von links!"

Das Schicksal der Reichsbekleidungsämter.

Nach uns gewordener Mitteilung ist nunmehr das Schicksal der Reichsbekleidungsämter beigelegt. Von den 2. Jt. noch bestehenden 12 Amtmännern sollen nur 3 für das Reichsministerium erhalten bleiben, und zwar die Amtmänner Königsberg, Berlin und Minden. Die Überführung dieser in das Kabinett des Reichswirtschaftsministeriums ist bereits erfolgt. Man hatte lange überlegt, ob es sich ermöglichen lass, entw. 4 oder 5 Amtmänner für das Reich zu behalten. Nachdem aber jedenfalls der verschiedenen Stellen Karlsruhe Berichte gegen die Anfertigung der Gipouniform auf den Amtmännern vorhanzen waren, konnte nicht die genügende Menge Arbeit für 4 oder 5 bearbeitet werden. Eine anderweitige Arbeitsbeschaffung durch die Amtmänner selbst war nach den bekannten Bedenken des Reichstages nicht mehr möglich. Damit war ihr Los besiegelt.

Dem Reichsschiffahrtsministerium wird nun die Bewertung der abzubauenden 9 Amtmänner obliegen. Es sind das die Amtmänner in Stettin, Breslau, Hannover, Cassel, Münster, Dresden, Ludwigsburg, Wilhelmshaven und Kiel. Was mit ihnen geschieht, steht noch nicht fest, jedoch werden schon Verhandlungen auf Übernahme mit verschiedenen privaten Stellen gepflogen. Ob die Amtmänner dann in alter oder irgendwie modernisierter Form erhalten bleiben oder der vollständigen Auflösung verfallen, dürfte sich bald entscheiden. Im Interesse der auf den Amtmännern Beschäftigten möchten wir, dass eine für die betreffenden Amtmänner die Weiterführung gewährleistet werden. Wir würden es sehr bedauern, wenn diese meist gut eingerichteten Betriebswerkstätten auseinandergerissen würden. Ebenso bedauerlich wäre es aber auch, wenn sie irgendwie Spekulationsobjekt gewandlungsfähige Unternehmer würden.

Den Kreisen, die seit einem Jahrzehnt mit aller Macht gegen die Bekleidungsämter Sturm läufen, ist nun ihr leibhaftiger Wunsch erfüllt. Ob sie auch ihrer daran geläufigsten Hoffnungen erfüllt sehen werden, wagen wir noch nicht zu bezweifeln. Wie glauben vielmehr, dass diese Hoffnungen sehr übertrieben waren, so übertrieben wie die Hesse gegen die Amtmänner. Diejenigen Kreisen wird durch die Vernichtung der Amtmänner wenig getan sein, die Beschäftigten aber sind sehr geschädigt. Wird man sich nur auch der Pflicht bewusst, für Arbeitsgelegenheit für die zu Entlassenden zu sorgen? Hoffen wir in etwas stärkerem Maße, wie das bei der bisherigen bereits erfolgten Entlassung an den einzelnen Orten geschehen ist. Es wird uns nämlich bestreiten, dass man der Röhren von der Zeitung des Adams ebenfalls gemeinsame Gemüthe an die ge-

werblichen Korporationen des Maschineneideverbes zur Unterbringung der früheren Maschineneider nur wenig gezeigt sei. Im übrigen bedauern wir außerordentlich, dass es so weit kommen musste. Die Gründe hierfür wollen wir heute nicht mehr untersuchen, betonen aber, dass der Schluss vollständig falsch geht, wenn man von sozialistischer Seite nun glaubt, man könne aus agitatorischen Gründen hierfür die bürgerlichen Parteien und unter diesen besonders einen freilichen Gemeindeschef, der im Reichstag anwesend mitwirkte, verantwortlich machen.

Zum Schluss noch eins. Es scheint, doch soviel Elemente in einzelnen Dingen, in denen auch Christi Arbeiter beschäftigt werden, ihren Zorn über den Bau der Dinge an die Christi Arbeiter auslassen wollen. Wir hoffen, dass die Verbandsfunktionäre jener Verbände, denen diese Leute angehören, den Kreisbereichen entgegentreten werden. Wir sind nicht gewillt, dauernd auf unsere Leute abzählen, was andere verschuldet haben. Deutlicher wollen wir für heute nicht werden. Unser Mitglieder haben ihre Blicke gefüllt. B. B.

Wenn man schon durch Gewaltmaßnahmen seinen Willen durchsetzen will, so ist es wahrscheinlich, dass der Zugriff einer herausgegebenen Parole sehr schlecht besteht. Dem Führer der ganzen Röhre, Herrn Ahlsgaß, ist untererst eine Aussicht über den Vohnausfall, den die christliche Organisationskraft infolge der Machinationen erlitten, zugesungen. Wir dürfen wohl erwarten, dass der Ahlsgaß dafür sorgt, dass unseres Mitgliedern die Sünden möglichst bald erledigt werden.

Die sozialpolitische Gewerkschaftsversammlung in Berlin.

Der Deutliche Unterrichter, das Organ des sozialdemokratischen Unterarbeiterverbands, hat wieder einmal einer "Selbstprüfung" unterzogen, um sich an seinem Verband zu reiben. Dabei erledigt er, wie schon so oft, eine herzhaft. Der Artikel bei im sozialdemokratischen Textil-Arbeiter eine Rolle umfasst, die sich mit den Beziehungen bei den vielen Werk und Kasse, Hocharbeitsnormen in Frankenstein i. S. befahrt. Die eigentlich erörterten Löhne sollen nur deshalb noch geprägt werden, weil die Arbeitersinn-Verbände angehören.

Die Röhre richtete sich unzweckmäßig gegen den sozialpolitischen Textilarbeiterverband. Nur ist dies festgestellt, dass der sozialpolitische Textilarbeiterverband in den beiden Betrieben teil einiges Missgeschick hat und folglich auch nicht für die Zukunft verantwortlich gemacht werden kann. Da es unter Verband in den fraglichen Betrieben keine Ähnlichkeit hat, brauchen wir wohl nicht belohnt zu erwähnen, weil unsere Organisation für beide Betriebe nicht zuständig ist. Dem Deutlichen Unterarbeiter gelingt dies alles nicht. Für ihn kommt es nur darauf an, uns bei den Unterarbeitern die Machtrede zu bringen. Daß ihm dabei jedoch kein Mittel recht ist, auch das schlägt. Insofern ist ihm schon wiederholt ausgewiesen. Der "Deutsche Unterarbeiter" scheitert tatsächlich seine "Kühnungen" einzuführen, leicht wird er es nicht machen, mit solchen Mitteln zu arbeiten. Es sei jedoch so nicht die Kompetenz des Deutschen Unterarbeiterverbandes, wenn er in diesem Bereich uns zulässt.

Wir müssen, dass Deutlicher Unterarbeiterverband empfohlen, bestimmt einen Streikabkommen mit dem Ziel: "Da die sozialdemokratischen Aktionen vorbereitet sind", und es besteht einmal die Wonne, lassen mir mal aus der Rückbank — in den sozialen Hochburgen von Berlin, Leipzig, Chemnitz, Bitterfeld und weiteren und dieelben den Pöbeln gegenüberstehen, die in den nächsten Säulen, natürlich in Köln, in der Rückbanken gesetzt werden. Der Artikel: "Ein Wahlkampf an einem Sammeltag" in Nr. 17 des Deutlichen Unterrichters, da kann ein kleiner Bild von der Rückbank zeigen in Berlin in der Rückbanken befindet. Ein böser Artikel würde einmal objektiv darüber unterrichten, wo die Verhältnisse am schlechtesten sind. Dort, wo die Spielchen der Geschäftsführer dominieren oder dort, wo die Unterarbeiter überwältigende Menge haben. Wir brauchen diese alte Gegenüberstellung nicht zu machen.

Verbandsgeschäftsstellen.

Mitglieder! Wahl und durch plärrische Vertragsschließung eure Rechte an den Verband. Aber mit seinen Betrieben ist im Rückstand befindet, hat keinen Einfluss auf Unterhaltung bestanden.

Der 27. Wochenbericht ist gültig für die Woche vom 2. Juli bis 9. Juli.

Der 28. Wochenbericht ist gültig für die Woche vom 10. Juli bis 16. Juli.

Die Wochungsformulare für das zweite Quartal sind verändert. Sollten dieselben nicht überall bei den Ortsverwaltungen eingetragen sein, so bitten wir, uns umgehend zu benachrichtigen. Die Abrechnung sollte man möglichst in der 1. Hälfte des Juli vornehmen. In den Ortsgruppen vorhandene Hauptlastenführer haben mindestens allgemeinlich an die Hauptstelle eine zuwendende.

Der Generalausschuss.

U. S. S. G. S. R. A. M. A. N. S.